

Carsten Dethlefs

# **Soziale Gerechtigkeit in Deutschland**

Eine historische Analyse des kontraktualistischen  
Gerechtigkeitsverständnisses nach John Rawls  
in der deutschen Wissenschaft und Politik

Metropolis-Verlag  
Marburg 2013

### **Bibliografische Information Der Deutschen Bibliothek**

Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über <<http://dnb.ddb.de>> abrufbar.

Metropolis-Verlag für Ökonomie, Gesellschaft und Politik GmbH

<http://www.metropolis-verlag.de>

Copyright: Metropolis-Verlag, Marburg 2013

Alle Rechte vorbehalten

ISBN 978-3-7316-1025-0

# I. Einleitung

Die soziale Frage beschäftigt die Ökonomie schon seit der Industriellen Revolution und der damit einhergegangenen Trennung von Kapital und Arbeit. Diese Trennung trug dazu bei, in der beginnenden Industrialisierung trotz des Sinkens der Sterbeziffern bei Kindern aufgrund verbesserter Rahmenbedingungen, wie es beispielsweise Ludwig von Mises in seiner Vorlesung „Kapitalismus“ im Jahr 1958 in Buenos Aires betont, eine Spaltung der Gesellschaft in unterschiedliche Klassen herbeizuführen (vgl. Mises v. 2008, S. 31). Gleiche Diskussionen um die die Existenzbedingungen umwälzenden Umstände gab es immer wieder. So haben im Europa des 19. Jahrhunderts auch u.a. die Stein/Hardenbergschen Reformen zur Bauernbefreiung eine kontroverse Debatte ausgelöst. In einer zunehmend konzentrierten Wirtschaft in Kartellen und Syndikaten, wie es schließlich durch das Urteil des Reichsgerichts vom 4. Februar 1897 rechtskräftig manifestiert wurde, und einer zunehmend proletarisierten Bevölkerung konnte es nicht verwundern, dass Schlagwörter wie die „Expropriation der Expropriateure“ (Marx 1969, S. 390) an Boden gewannen (vgl. zum Urteil des Reichsgerichts von 1897: Böhm 1948 in: Ordo Band I, S. 199/214; Röper 1950 in: Ordo Band III, S. 238-253). Diese Entscheidung wurde damals mit der Gefahr des ruinösen Wettbewerbs begründet. Trotz der zeitgebunden als rational anzusehenden Interpretationen der sozialen Gerechtigkeit gelang es erst nach dem Zweiten Weltkrieg mit dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft, eine gesamtgesellschaftliche Kohäsion herbeizuführen. Der Begründer dieser Idee, Alfred Müller-Armack, wollte einen Ausgleich zwischen den leistungsfähigen und den schwachen Gesellschaftsmitgliedern herbeiführen. Jedoch wies Müller-Armack in Bezug auf das Wort „sozial“ darauf hin, dass nichts komplexer sei als gerade dieser Wert (vgl. Müller-Armack 1947, S. 141f.). Diese Untersuchung hat es sich daher zum Ziel gesetzt, die Diskussionen um die soziale Gerechtigkeit ausgehend vom Konzept der Sozialen Marktwirtschaft in der bundesdeutschen Geschichte nachzuzeichnen und den Wandel der Sozialidee festzustellen.

Die Ebenen des Gerechtigkeitsdiskurses stellen hierbei die Wissenschaft und die Politik dar, die in unterschiedlichster Weise interagieren. Die Politik wird in diesem Kontext als Exekutive angesehen, die Wissenschaft in ihren verschiedensten Ausprägungen als Begründungsmaßstab oder Beaufsichtigungsorgan der Politik.

Um den Sozialdiskurs in Deutschland nach 1945 bewerten zu können, soll dieser in der vorliegenden Untersuchung an den Leitvorstellungen der sozialen Gerechtigkeit des US-amerikanischen Philosophen John Rawls, der die „Gerechtigkeit als Fairness“ konzipierte, orientiert werden. Rawls sieht die Gerechtigkeit, ähnlich wie Müller-Armack, in einer Art intra-gesellschaftlichen Ausgleichs gegeben. Dieser Gesellschaftsvertrag wurde in jüngster Zeit jedoch durch unterschiedliche Entwicklungen in seinen Grundfesten erschüttert. Ob es jetzt Maßnahmen zur Rettung von Banken sind oder die Kürzung von Unterstützungsleistungen bei als hilfsbedürftig angesehenen Personen; die soziale Balance wird von vielen als nicht mehr ausgewogen wahrgenommen. Die Bildung unterschiedlichster Bündnisse gegen das Krisenmanagement der westlichen Staaten in der Finanz- und Wirtschaftskrise – stellvertretend sei die Occupy-Bewegung angeführt – belegt dieses. Eine Analyse wie diese scheint somit gerade in einer Zeit besonders gebraucht zu werden, in der sowohl der Ökonomie, als auch der Politik wenig Vertrauen entgegengebracht wird, und man vermuten darf, dass in einigen Dekaden die heutige Situation im unmittelbaren Umfeld einer Weltwirtschaftskrise einen Paradigmenwechsel herbeigeführt haben wird. Darüber hinaus wird insbesondere die Politik als zunehmend nicht mehr autonom handelnd wahrgenommen, sodass sie keinen eigenständigen Wertmaßstab mehr zu entfalten scheint. Die Berufung auf die „Alternativlosigkeit“ des Handelns, wie sie heute von vielen in der Regierungsverantwortung stehenden Politikern im Munde geführt wird, mag diese Behauptung unterstreichen.

Neben die Frage, ob sich der durch Wissenschaft und Politik erzeugte Gerechtigkeitsrahmen tatsächlich keiner alternativen Handlungsmöglichkeit gegenüberstellt, tritt noch eine andere Dimension dieses Problems. Wenn man sich vergegenwärtigt, dass die Interpretation der sozialen Gerechtigkeit gleichzeitig auch ein bestimmtes Menschenbild propagiert, gewinnt eine historische Analyse dieses Wertes noch eine sehr viel brisantere Wendung. In jüngster Zeit ist auf diesem Gebiet vor allem eine rein nutzenorientierte Bewertung von Menschen zu beobachten. Wenn man sich die überwiegend positiven Reaktionen auf die oft nur durch

Interessen geleitet oder selektiv rezipierte Schrift des ehemaligen Berliner Finanzsenators Thilo Sarrazin anschaut, der in seinem Buch „Deutschland schafft sich ab“ u.a. genetische Prädispositionen oder vermeintlich festgefügte Schichtzugehörigkeiten, also selbst nicht zu beeinflussende Dinge, für die Leistungsfähigkeit eines Menschen und sogar ganzer Völker verantwortlich macht, scheint der Kontraktualismus, wie er von John Rawls und dem Konzept der Sozialen Marktwirtschaft maßgeblich propagiert wird, im Gegensatz zum Utilitarismus, den Rawls ablehnt, keinen Wert für die Zukunft mehr zu haben<sup>1</sup>. Jenes gilt, wenn man sich diese Schrift genau anschaut, auch, obwohl Thilo Sarrazin im Vorwort der neuesten Auflage seines Buches oberflächlich Abstand von diesen Gedanken nimmt.

Ein Fall wie dieser lässt die Frage nach den leitenden Handlungsmotiven von Wissenschaft und Politik aufkommen. Eben jenes Dilemma sprach auch Papst Benedikt XVI im September 2011 in seiner Rede vor dem deutschen Bundestag an, was die Breite der Diskussion noch einmal unterstreicht. Eine Abkehr vom langfristigen, gemeinwohlorientierten Denken könnte in einem Werterelativismus enden, der noch unabsehbare Folgen hätte.

Wie wichtig diese Aufgabe ist, macht auch James M. Buchanan deutlich. Er mahnt in seinem Aufsatz „The justice of natural liberty“ das Rawlssche Versäumnis an, seine Gerechtigkeitstheorie nicht auf aktuelle sozialpolitische Probleme der US-amerikanischen Öffentlichkeit angewandt zu haben (vgl. Buchanan 1976 wieder abgedruckt in: Buchanan 1990, S. 89). Dieses Versäumnis soll in der vorliegenden Untersuchung bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland nachgeholt werden.

Eine weitere Problemdimension tut sich im Bereich der Wissenschaft selbst auf. So wird derzeit insbesondere durch die Abschaffung der Wirtschaftspolitik als Lehrfach an vielen Universitäten besonders deutlich, wie rein quantitative Bewertungen die Diskussion dominieren. Mit anderen Worten könnte man nach dem Vorhandensein eines Gestaltungsanspruchs der Wissenschaft fragen, wie es beispielsweise Acham/Nörr/

<sup>1</sup> Die Reduzierung eines Menschen auf seine genetischen Vorprägungen stört den Kontraktualismus auf zweierlei Weise. Erstens können genetische Eigenschaften als Entschuldigung für eine geringere Leistungsfähigkeit herangezogen werden. Zum Zweiten können sie bestimmten Menschen oder Gruppen die Chancen nehmen, höhere gesellschaftliche Positionen anzustreben und einzunehmen.

Schefold (2006) tun (vgl. zur Aktualität dieser Tendenz auch: Volkswirtschaftslehre: Rettet die Wirtschaftspolitik an den Universitäten, aufgerufen über: <http://www.faz.net/s/RubB8DFB31915A443D98590B0D538FC0BEC/Doc~EA1E6687105BC44399168BC77ADE64F8A~ATpl~Ecommon~Scontent.html>, zuletzt konsultiert am 2. Mai 2011). Durch die zunehmende Verwendung quantitativer Methoden steht die Wirtschafts- und Sozialwissenschaft in Gefahr, ihren normativen Charakter einzubüßen und ebenfalls einem rein nutzenorientierten Denken Vorschub zu leisten (vgl. Wörsdörfer/Dethlefs 2012 in: *Ordo* Band 63, S. 135-156). Diese Problematik ist vor allem vor dem Hintergrund der gegenwärtigen Ausbildung zukünftig handelnder Wissenschaftler zu verstehen<sup>2</sup>. Sofern man sich lediglich auf rein beobachtbare Sachverhalte stützt, verliert man nämlich den Blick für Entwicklungen, die sich nicht rein quantitativ messen lassen, weil sie auf subtilere Art und Weise stattfinden (vgl. beispielsweise Taleb 2008).

Folgende Vorgehensweise soll dieser Untersuchung zugrunde liegen: Nachdem das theoretische Gerüst der Rawlsschen Gerechtigkeitsvorstellungen erörtert wird, werden die sozial-ökonomischen- und politischen Auseinandersetzungen im Kontext ihrer Zeit auf die Nähe zu seinen Idealen hin überprüft. Ziel dieses Vorgehens soll es hierbei sein, den Diskurs um das soziale Wollen in der ökonomischen Wissenschaft und der politischen Interpretation vor den jeweils gegebenen Rahmenbedingungen, wie sie sich in den einzelnen Zeitabschnitten nach 1945 entwickelt haben, aufzuzeigen und resümierend festzustellen, wie nahe die Interpretationen der sozialen Gerechtigkeit in den jeweiligen Zeitabschnitten den Idealen von John Rawls gekommen sind. Die zweite, hier zu beantwortende Frage ist die nach dem bereits angesprochenen Zusammenspiel von Wissenschaft und Politik bei der Herstellung von sozialer Gerechtigkeit. Konkret geht es darum, die Rolle der Wissenschaft hinsichtlich ihrer Funktionalität und ihrer Qualität im Gerechtigkeitsdiskurs zu überprüfen. Mit Funktionalität ist hier die Einbettung der Wissenschaft in den politisch-

<sup>2</sup> Welche Auswirkungen eine derart blasse, mit überkommenen Modellen gespickte Wissenschaftsinterpretation, bezogen auf die aktuelle Wirtschafts- und Finanzkrise hat, stellen Miriam Olbrisch und Michaela Schießl in einem Artikel des Magazins „Spiegel“ fest und fragen: „Warum bringt uns keiner Krise bei?“ (vgl. aufgerufen über: <http://www.spiegel.de/unispiegel/studium/0,1518,803953,00.html>, zuletzt konsultiert am 2. Januar 2012).

wissenschaftlichen Kooperations- oder Diskursprozess gemeint. Die Qualität der Wissenschaft bezeichnet ihren Charakter und somit die Antwort auf die Frage, ob es sich um eine quantitativ oder qualitativ ausgerichtete Wissenschaftspraxis handelt.

Eine vollständige Kongruenz der Rawlsschen Gerechtigkeitsgrundsätze und der Realität ist hierbei jedoch kaum zu erwarten. Dieses gilt umso mehr wegen der deontologischen Ausrichtung des Rawlsschen Denkens, somit eines Denkens, welches nicht zielgerichtet stattfindet, sondern idealistisch geprägt ist.

Weiterhin wird man auch erwarten können, dass die Rawlsschen Denkmuster mit anderen Vokabeln als sie Rawls gebraucht hatte, in der wissenschaftlich-politischen Auseinandersetzung in Deutschland wiedergegeben werden. Hierauf wird an gegebener Stelle hingewiesen. Trotz der nicht primär für die politische Umsetzung gedachten Theorie von Rawls ist ein solches Vorhaben durchaus möglich, denn wenn man die Rawlssche Gerechtigkeitstheorie einmal durchdrungen habe – dieses führt Rawls selbst aus – so könnte man die soziale Welt jederzeit unter dem notwendigen Blickwinkel betrachten. Es würde genügen, in bestimmter Weise zu schließen und sich an die Folgerungen zu halten (vgl. Rawls 1971, S. 587; vgl. Rawls 1975, S. 637). Ähnlich drückt es Stefan Gosepath aus, der mit Rawls übereinstimmend der Ansicht ist, dass man politische Philosophie als realistische Utopie verstehen solle, wenn man die Hoffnung teile, dass „die soziale Welt in der Zukunft ein einigermaßen gerechtes, wenn auch nicht vollkommenes politisches Zusammenleben der Menschen miteinander zulassen solle“ (vgl. Gosepath 2003, S. 17; vgl. Oschek 2007, S. 122)<sup>3</sup>.

Nachdem der vergleichende, rückblickende Teil eine aus der Aufgabenstellung resultierende deskriptive Vorgehensweise erfordert, liefert der Abschluss dieser Arbeit eine an Rawls orientierte und auf die gegenwärtigen Bedingungen in Deutschland bezogene Definition der sozialen Gerechtigkeit und der Rolle der Wissenschaft hierbei. Die Herausforderungen, die in diesem Kontext betrachtet werden, sind die Globalisierung und die Energieerzeugung bzw. -versorgung. Auch hier sind gesamtgesellschaftliche, nicht dem Utilitarismus unterliegende Lösungsansätze anzustreben.

<sup>3</sup> Rawls bezeichnet das „Recht der Völker“, welches er im Jahr 1999 kurz vor seinem Lebensende veröffentlichte, ebenfalls als realistische Utopie.